

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 212. Ratssitzung vom 5. Februar 2014**

### **4705. 2012/312**

**Weisung vom 29.08.2012:**

**Motion von Anton Stähler und Robert Schönbächler betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Meierhofplatz, Aufwertung wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2003/321, von Anton Stähler und Robert Schönbächler (CVP) vom 20. April 2005 betreffend Meierhofplatz, Aufwertung wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent Dispositivziffer 1:

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Die Motion zur Aufwertung des Meierhofplatzes wurde vor über zehn Jahren eingereicht. Bei dem 2008 dem Quartier vorgestellten Verkehrskonzept äusserten zahlreiche Anwesende starke Bedenken. Der Gemeinderat stimmte dem Konzept zwar zu, verzichtete aber auf eine Abschreibung der Motion. Nachdem die Ausschreibungen einiger Massnahmen im Jahr 2010 erneut zu zahlreichen Reaktionen im Quartier führten, wurde eine Gesamtschau über die Verkehrssituation im Kreis 10 erstellt. Das eigentliche Mitwirkungsverfahren begann im Herbst 2012. Daran teilgenommen haben unter anderem Vertreterinnen und Vertreter von politischen Parteien, Gewerbeverbänden, Quartiervereinen oder Interessengemeinschaften. Im Rahmen der Möglichkeiten wurden auch die mittelfristig umsetzbaren Lösungsansätze entwickelt. Im Mai 2013 wurde der Schlussbericht veröffentlicht. Die Mehrheit empfiehlt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Motion abzuschreiben. Zudem haben wir die ergänzende Dispositivziffer 3 eingebracht. Diese verlangt, dass der Stadtrat dem Gemeinderat regelmässig über die Umsetzung der empfohlenen Massnahmen aus dem Mitwirkungsprozess Bericht erstattet. Drei Punkte sollen berücksichtigt werden: Die Realisierung der Stauverlagerung, die Prüfung weitergehender Massnahmen in den Haltestellenbereichen und die Aufwertung des Quartierzentrums Meierhofplatz.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 2:

**Mauro Tuena (SVP):** Bei einer Motion sieht die Geschäftsordnung genaue Abläufe vor. Man kann sie stehen lassen und dem Stadtrat nochmals eine genau definierte Nachfrist geben. Der Stadtrat hat aufgezeigt, dass die Situation am Meierhofplatz tatsächlich nicht ganz einfach ist. Er hat versucht, die Anliegen der Motion anzugehen. Er hat gemerkt, dass man die in Richtung Oerlikon führende Buslinie ausbauen und den Meierhofplatz diesen Gegebenheiten anpassen muss. Wenn nun keine Frist festgelegt wird oder der Stadtrat wieder mit den gleichen Massnahmen kommt, muss sich die Verkehrskommission selber mit der Umgestaltung des Platzes befassen. Das ist nicht ganz einfach, wie wir am Beispiel des Velowegs über die Hardbrücke gesehen haben. Beim Meierhofplatz wäre es noch wesentlich komplizierter. Wir beantragen, dass die Motion als erledigt abgeschrieben wird.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Es ist zu früh, um die Motion abzuschreiben. Sie ist noch nicht erfüllt. Dass die Kommission den Platz planen soll, widerspricht jeder Logik. Man kann die Situation auch nicht mit dem Veloweg über die Hardbrücke vergleichen. Die Motion darf noch nicht abgeschrieben werden. Es wird Zwischenberichte geben. Sobald die Motion erfüllt ist, sind auch wir für eine Abschreibung.

Kommissionsmehrheit/-minderheit neue Dispositivziffer 3:

**Guido Trevisan (GLP):** Die drei zur Diskussion stehenden Massnahmen werden vom Grossteil der am Prozess beteiligten Quartiervertreter unterstützt. Die weiteren Massnahmen sind im Postulat 2014/20 als Ergänzung zu diesen Massnahmen festgehalten. Die Mehrheit der Kommission unterstützt die Realisierung der Stauverlagerung, die Prüfung weitergehender Massnahmen in den Haltestellenbereichen und die Aufwertung des Quartierzentrums Meierhofplatz. Die Dispositivziffer 3 fordert, dass innert zwei und vier Jahren ein Bericht verfasst wird. Das ermöglicht ein Monitoring, inwieweit sich die Massnahmen bereits konkretisiert haben. Zur Realisierung der Stauverlagerung: Auf den Zufahrtsachsen an der Limmattalstrasse, der Regensdorferstrasse und der Gsteigstrasse staut sich der Verkehr in den Hauptverkehrszeiten stark. Auch der öffentliche Verkehr ist betroffen. Der Stau könnte aber zum Beispiel zurückverlagert werden. Zum zweiten Punkt, der Prüfung der weitergehenden Massnahmen in den Haltestellenbereichen, gibt es ebenfalls einige Ideen. Die Haltestelle der Buslinie 46 stadtauswärts könnte zum Beispiel in die Tramhaltestelle integriert werden. Die heutige Bushaltestelle würde aufgehoben, die neu geschaffene Fläche würde dem Fuss- und Veloverkehr zur Verfügung gestellt. Mit diesen Massnahmen könnte man Raum schaffen und das Quartierzentrum aufwerten. Die dritte Empfehlung lautet, das Quartierzentrum aufzuwerten. Vom Gemeinderat wurde bereits ein Postulat zu Begegnungszonen überwiesen. Es existieren zwar gute Kommerzmöglichkeiten, aber nur schlechte Fussgänger- und Veloverbindungen. Die Umsetzung des erwähnten Dispoantrags ist hier sicher sehr sinnvoll.

**Mauro Tuena (SVP):** Die drei erwähnten Massnahmen kamen aus der Gruppe «Verkehr Kreis 10» zustande. Die Gruppe wurde allerdings äusserst einseitig zusammengesetzt. Man kann sie nicht als eine demokratisch abgesegnete Gruppe bezeichnen. Noch viel problematischer ist es, wenn man als Gemeinderat in dieser Gruppe Einsitz genommen hat, Ideen eingebracht hat, und nun diese Ideen unter dem neuen Dispositivpunkt nochmals einbringt. Andere Ideen wie etwa ein Tunnel fanden keinen Platz. Ein solches Vorgehen ist problematisch. Aus diesem Grund lehnt die Kommissionsminderheit diese Ideen ab und bittet den Stadtrat, in Zukunft sorgfältiger auf die Zusammensetzung von Arbeitsgruppen zu achten.

Weitere Wortmeldungen:

**Simone Brander (SP):** Die SP wechselt bei Dispositivziffer 2 von der Mehrheit zur Minderheit. Wir haben uns entschlossen, die Motion weiterhin aufrecht zu erhalten. Es ist sehr unschön, dass in den zehn Jahren noch nichts unternommen wurde. Wir haben engagiert am Prozess teilgenommen. Es handelt sich tatsächlich nicht um eine legitimierte Zusammensetzung der Gruppe. Doch wir haben nun genau die Aufgabe, die Ergebnisse dieses Prozesses politisch zu würdigen und zu entscheiden, was wir damit machen wollen. Deshalb unterstützen wir auch den neuen Dispositivzusatz. Wir hoffen, dass wir mit dem Begleitpostulat diese Empfehlungen vorantreiben können, damit der Meierhofplatz endlich aufgewertet werden kann.

**Matthias Probst (Grüne):** Wir wollen dem Stadtrat zeigen, in welche Richtung es beim Meierhofplatz gehen könnte. Beim Mitwirkungsverfahren im Kreis 10 wurden zahlreiche Ideen eingebracht. Nun werden sie politisch gewertet. Mit den Dispoanträgen und dem zusätzlichen Postulat machen wir eine politische Auslegeordnung, welche Ideen wir unterstützen wollen. Der Stadtrat soll in zwei Jahren Bericht bezüglich der Umsetzung erstatten. Es wäre heute das zweite Mal, dass man die Motion nicht abschreiben würde. Man müsste eine Fristverlängerung setzen. Sonst passiert nichts. Ansonsten sollte man die Motion nun absetzen.

**Guido Trevisan (GLP):** Zum Mitwirkungsprozess: Dass Leute sowohl in Vereinen als auch in Parteien mitwirken, kann nicht ausgeschlossen werden. Auch die SVP wurde eingeladen. Aufgrund ihres Ausstiegs sind ihre Vorschläge in den Massnahmen nicht enthalten. Die entscheidenden Elemente, die sich auf den Knotenpunkt Meierhofplatz auswirken, liegen weit im Quartier verstreut und über dessen Grenzen hinaus. Das einst diskutierte Rechtsabbiegegebot hätte die Möglichkeit verhindert, von der Regensdorferstrasse auf die Gsteigstrasse direkt Richtung Stadt zu fahren. Die SP und die GLP haben sich klar für dieses Regime ausgesprochen. Der Test war bereits aufgegleist, wurde aber nicht durchgeführt. Zwei Jahre später wurde der Mitwirkungsprozess gestartet. Auch die GLP hat sich aktiv daran beteiligt. Unserer Meinung nach ist es richtig, dass das Mitwirkungsverfahren stattgefunden hat und nun im Rat die politische Legitimation für die Massnahmen erfolgt.

**Mauro Tuena (SVP):** Die SVP hat sich nie gegen eine Umgestaltung des Meierhofplatzes ausgesprochen. Wir sind grundsätzlich nicht gegen Mitwirkungsverfahren. Doch die Parteien müssen paritätisch vertreten sein. Es können nicht noch rasch Vereine von sozialdemokratischen Parteivertretern gegründet werden, so dass sie in den Mitwirkungsverfahren mehrfache Stimmöglichkeiten haben und sich bürgerliche Vertreter gar nicht mehr einbringen können. Aus diesem Grund haben wir unser Mitglied zurückgezogen. Zur Aufrechterhaltung einer Motion steht in der Geschäftsordnung des Gemeinderats übrigens: «Schliesst sich der Gemeinderat dieser Beurteilung nicht an, wird dem Stadtrat eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge eingeräumt.» Der Stadtrat wird zu nichts verpflichtet.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Wir stellen den Antrag, dass die Dispositivziffer 2 dahingehend geändert wird, dass die Motion nicht abgeschrieben wird und dem Stadtrat eine Nachfrist von 12 Monaten eingeräumt wird.

**Alexander Jäger (FDP):** Es ist gut, dass das Rechtsabbiegegebot damals nicht in Kraft getreten ist. Ein Rechtsabbiegegebot hätte relativ grosse Auswirkungen sowohl auf das Quartierleben als auch auf das gesamte Verkehrsaufkommen in Höngg. Ein Rechtsabbiegegebot ist an dieser Stelle nicht durchführbar. Den Mitwirkungsprozess insgesamt hielten wir für gut. Ein Mitwirkungsprozess kann nicht demokratisch sein. Es handelt sich nicht um gewählte Vertreter, sondern um Leute aus dem Quartier mit Interessen. Deshalb sollten auch alle Resultate weiter geprüft werden. Es ist nicht richtig, nur drei davon herauszunehmen. Der Vorschlag mit dem Tunnel hatte lediglich etwas weniger Stimmen und wurde nicht berücksichtigt. Es gab einige Leute, die diese Variante befürworteten. Wir stimmen deshalb dem Bericht und der Abschreibung der Motion zu, nicht aber Ziffer 3.

**Guido Trevisan (GLP):** Das Rechtsabbiegegebot wäre eine Chance gewesen, einen zeitlich begrenzten Test durchzuführen und dann zu entscheiden, ob es sich um eine sinnvolle Lösung handelt oder nicht. Wenn man dort ein Rechtsabbiegegebot macht, wo die meisten links fahren, führt das dazu, dass sie schon zu einem früheren Zeitpunkt die Frankentalerstrasse wählen und um das Quartier herumfahren. Das war die Idee. In einem Mitwirkungsprozess ist die Bevölkerung nicht repräsentativ nach politischer Meinung abgebildet. Dadurch erhält man Informationen verschiedenster Art. Wir im Rat müssen nun als repräsentatives Abbild der Stadt entscheiden, was wir wichtig finden und was nicht. Das scheint uns ein sinnvoller Weg.

**Martin Bürlimann (SVP):** Die SVP hat sich für den runden Tisch angemeldet. Immer mehr Vereinigungen kamen dazu. Rasch wurde klar, dass die linken Positionen sich durchsetzen werden. Das entspricht unserer Meinung nach nicht der politischen Zusammensetzung in Höngg. Aus diesem Grund haben wir uns wieder zurückgezogen. Wir wehren uns gegen ein solches Vorgehen. Wir werden auch weiterhin nicht in solchen Gruppen mitmachen. Für politische Entscheide sind der Gemeinderat oder

5 / 7

*Initiativen aus der Bevölkerung da. Hier wurde mit einem seltsamen Ausleseverfahren etwas hineingeschmuggelt, das man von Beginn an wollte.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Wir arbeiten seit Jahren an der Aufwertung des Meierhofplatzes und haben ein grosses Interesse daran, gute Lösungen zu erzielen. Dass wir noch keine Lösungen haben, zeigt, wie schwierig die Frage ist. Wir sind aber bereit, Anregungen und Empfehlungen entgegenzunehmen. Es ist sinnvoll, dass man die in Dispositivziffer 3 erwähnten drei Punkte nochmals prüft. Wir werden gerne in zwei und in vier Jahren Zwischenberichte präsentieren. Wir werden auch das erwähnte Postulat annehmen. Auch zu den übrigen Empfehlungen, die in Dispositivziffer 3 nicht enthalten sind, aber im Rahmen des Partizipationsprozesses eingegangen sind, werden wir in zwei und in vier Jahren gerne Stellung nehmen. Dazu gehört auch der Vorschlag mit dem Tunnel. Die Idee entstand aus dem Partizipationsverfahren und ist eine interessante Ergänzung. Ich teile die Meinung, dass die Mitwirkungsgruppe ausgewogener zusammengesetzt sein sollte. Wir werden künftig dafür sorgen, dass die Teilnehmer in Mitwirkungsgruppen ausgewogener vertreten sein werden. Ich bedaure es, dass die SVP sich aus Boykottgründen zurückgezogen hat.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Es handelt sich nicht um einen Boykott. Wir haben uns für die Mitwirkungsgruppe angemeldet. Als wir gesehen haben, dass sich die Zusammensetzung so entwickelt, dass wir sowieso in der Minderheit sein werden, hat der Vorstand beschlossen, dass wir uns zurückziehen werden.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Markus Hungerbühler (CVP), Referent; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP)

Abwesend: Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

6 / 7

Mehrheit: Präsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP)  
Minderheit: Markus Hungerbühler (CVP), Referent; Guido Trevisan (GLP)  
Abwesend: Kurt Hüsey (SVP)

Die Minderheit zieht ihren Antrag zurück und beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

Die Motion, GR Nr. 2003/321, von Anton Stähler und Robert Schönbächler (CVP) vom 20. April 2005 betreffend Meierhofplatz, Aufwertung wird nicht abgeschrieben. Dem Stadtrat wird eine Nachfrist von 12 Monaten eingeräumt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 3:

3. Nach der Veröffentlichung des Schlussberichts Mitwirkungsprozess Verkehr Kreis 10 vom 2. Mai 2013, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat jeweils spätestens nach zwei und vier Jahren Bericht über die Umsetzung zu den nachfolgenden Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10»:

4: Meierhofplatz: Stauverlagerung realisieren

5: Meierhofplatz: Weitergehende Massnahmen in den Haltestellenbereichen prüfen

6: Meierhofplatz: Das Quartierzentrum Meierhofplatz aufwerten

Falls Empfehlungen nicht umgesetzt werden, wird dies detailliert begründet.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Guido Trevisan (GLP), Referent; Marianne Aubert (SP), Simone Brander (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP)  
Minderheit: Präsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Roland Scheck (SVP)  
Abwesend: Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu.

7 / 7

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Meierhofplatz, Aufwertung wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2003/321\*, von Anton Stähler und Robert Schönbächler (CVP) vom 20. April 2005 betreffend Meierhofplatz, Aufwertung wird als erledigt abgeschrieben.
3. Nach der Veröffentlichung des Schlussberichts Mitwirkungsprozess Verkehr Kreis 10 vom 2. Mai 2013, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat jeweils spätestens nach zwei und vier Jahren Bericht über die Umsetzung zu den nachfolgenden Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10»:
  - 4: Meierhofplatz: Stauverlagerung realisieren
  - 5: Meierhofplatz: Weitergehende Massnahmen in den Haltestellenbereichen prüfen
  - 6: Meierhofplatz: Das Quartierzentrum Meierhofplatz aufwertenFalls Empfehlungen nicht umgesetzt werden, wird dies detailliert begründet.

\*Anmerkung: Die korrekte GR Nr. der Motion lautet 2003/231

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Februar 2014

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat